

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 28 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—.
Die 10spaltige Zeile mit breiter Seite M. 6.—, außerhalb S. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige An- und Verkauftsanzeigen, Beleggebühren laut Tarif. Anzeigen für die Dresdner Nachrichten gegen Vorabzahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1.50.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Londoner Tagung des Obersten Rates.

Beginn der Verhandlungen.

Um das ankünftige Schicksal Europas.
London, 7. August. Heute vormittag um 11 Uhr haben die Verhandlungen zwischen Lloyd George, Poincaré, Schanzer und den Vertretern der übrigen alliierten Mächte um das ankünftige Schicksal Europas begonnen.
Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan als Teilnehmer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 7. August. Die Erkenntnis, daß es sich bei den Londoner Besprechungen um eine Tagung des Obersten Rates handelt, scheint nunmehr auch der französischen Presse zu kommen. Die der „Intransigeant“ meldet, verdrängt sich nicht nur das Programm der Londoner Tagung, sondern auch die Zahl der Teilnehmer. Nach der Aussprache zwischen Frankreich und England, die zuerst stattfinden wird, dürfte eine Besprechung zwischen Frankreich und Belgien folgen. Auch Italien und Japan werden in London vertreten sein, so daß es sich, so schreibt das Blatt, tatsächlich um eine Tagung des Obersten Rates handeln wird. Auch Amerika wird vielleicht durch einen Vertreter vertreten sein.

Unterredungen mit Poincaré über die Ausgleichszahlungen.

London, 7. August. Die belgischen Teilnehmer der Londoner Konferenz, Ministerpräsident Theunis und Außenminister Jaspar, hatten gestern nachmittag eine Unterredung mit Poincaré, und man glaubt, daß sich diese Unterredung mit einem Ausgleich der auseinandergehenden Meinungen in der Frage der Ausgleichszahlungen drehte. In dem gleichen Sinne soll der italienische Außenminister Schanzer, der sich vor seiner Abreise gegen die französischen Retorsionen ausgesprochen hat, auf der gemeinsamen Reise von Paris nach London Poincaré zu beeinflussen versucht haben.

Der bekannte Volkswirtschaftler Keynes hat gestern in einer Rede ausgeführt, das einzige Mittel, um die augenblickliche Finanzlage zu retten, sei die Anwendung folgender vier Grundsätze:

1. Ein sofortiges Moratorium für Deutschland von mindestens einem Jahre.
2. Einberufung einer internationalen Konferenz, um das Problem der Reparationen und der interalliierten Schuld zu diskutieren.
3. Aufgabe des Planes der Verbündeten, die Pensionen durch Deutschland bezahlen zu lassen.
4. Sofortige Räumung der besetzten Gebiete.

Ein Moratorium für zwei Jahre?

London, 7. Aug. Der politische Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ schreibt: Wie ich höre, hat man auf britischer Seite ein Moratorium für zwei Jahre vorgeschlagen. In der Zwischenzeit müssen die Naturalieferungen in unverminderter Umfang stattfinden. (wtb.)

Die Auseinandersetzung Bayerns mit dem Reich.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 7. Aug. Hier wird erklärt, daß die Angelegenheit Berlin-München keinerlei Verschärfung, wie verschiedentlich geheim und offen behauptet wird, erfahren hat. München hat durch die beiden Reichsminister Dr. Gehler und Fehr genau erfahren, wie man in Berlin denkt und welche Haltung man dort einnimmt. Berlin wieder wird heute durch die beiden Reichsminister hören, wie man sich die Entwicklung in München denkt. Zwischen beiden Anschauungen klaffen Abstände, die nun durch Verhandlungen überbrückt werden sollen. Es wird sich darum drehen, ob man in Berlin die Angelegenheit zur weiteren Erledigung Sachverhalte übergeben will. In diesem Falle wird die bayerische Regierung ebenfalls ihre Vertreter nach Berlin entsenden. Es war sehr klar von der bayerischen Regierung, daß sie zu der Aussprache mit den beiden Reichsministern auch die Führer der hinter der Regierung stehenden Koalition hinzuzuziehen hat.

Erneute Gerüchte über eine Reise Graf Verchenfelds nach Berlin.

Berlin, 7. Aug. Nach den in Berlin eingetroffenen Nachrichten darf es nunmehr als ziemlich sicher angenommen werden, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld zur Beratung der zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen im Laufe dieser Woche doch noch nach Berlin kommt. Der Tag seiner Ankunft steht aber noch nicht fest.

Erklärungen der Deutschen Volkspartei in Bayern.

München, 7. August. Dr. Stresemann hatte am Sonntagabend eine mehrstündige Aussprache mit den Vertrauensmännern der Deutschen Volkspartei in Bayern. Das Ergebnis war die Annahme von drei Resolutionen. Die erste spricht Dr. Stresemann als Führer für eine zielklare Politik und staatsmännische Leitung der Partei vollstes Vertrauen aus, desgleichen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei für ihr tatkräftiges und erfolgreiches Eintreten für die bayerischen Belange bei der Verabschiedung der Reichstagsbeschlüsse. Die zweite Resolution, begründet die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft als Voraussetzung einer Besserung der parlamentarischen und politischen Lage im Reich, spricht der Regierung offen das Vertrauen aus und erwartet, daß bei voller Wahrung der bayerischen Interessen nichts unterlassen wird, was den Bestand des Reiches und die Geschlossenheit des deutschen Volkes gefährden könnte. Die dritte Resolution, die von Stresemann selbst entworfen

Frankreichs Handlungsfreiheit auf der Londoner Konferenz.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 7. August. Ueber die Handlungsfreiheit, die sich Poincaré in seinen Londoner Verhandlungen vorbehalten wird, schreibt der „Intransigeant“: Es ist in der Tat richtig, daß wir allein handeln müssen, wenn es um Neuheiten kommen sollte. Poincaré wird in London ein Programm des selbständigen Vorgehens vertreten. Der französische Ministerpräsident ist bereit, sich mit der englischen Regierung über gewisse Prinzipien und Konzeptionen zu verständigen, die eine gemeinsame Regelung der Reparationsfrage erleichtern. Wenn man aber die lärmlichen Debatten im Unterhause gelesen hat, dann kann man sich nicht darüber wundern, daß Frankreich, welches den heißen Wunsch einer Verständigung mit England habe, um von Deutschland bezahlt zu werden, trotzdem entschlossen ist, allein zu handeln, wenn gewisse Alliierte, auf die zu zählen es berechtigt ist, sich den Schwierigkeiten unserer finanziellen Lage verschließen, aus der wir herauskommen müssen.

Poincarés Waffe.

London, 7. Aug. „Observer“ schreibt in einem Leitartikel zu den beginnenden Verhandlungen u. a.: Frankreich werde sich während der Verhandlungen sehr hartnäckig zeigen. Poincaré habe sich mit einer Waffe versehen, mit der er sich gut auskennt. Er habe auf die Balfour-Note mit einem Ultimatum geantwortet, dessen rechtliche Zulässigkeit in diesem Augenblicke zweifelhaft ist. Er weiß, daß Sanktionen den Markkurs nicht wieder herstellen, sondern gründlich zerstören werden und damit auch die Reparationen in der in Aussicht genommenen Form. Nach vier Jahren weiß England noch nicht und Frankreich weiß es vielleicht auch noch nicht, ob die französische Politik die Wiederherstellung des zerstörten Gebietes oder den Ruin Deutschlands anstrebt. Lloyd George hat seinen Entschluß kundgegeben, sich jedem derartigen Plan zu widersetzen. Der erste Beweis für eine ehrliche Reparationspolitik wäre die Annahme eines Moratoriums sowohl für die Reparationen als auch für die Vorkriegsschulden. Wenn das am Montag erdacht werden sollte, würde die Konferenz bereits mehr Erfolg einbringen, als alle früheren Reparationskonferenzen. (W. T. B.)

Englische Hoffnungen.

London, 7. Aug. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel: Die heute beginnenden Besprechungen werden hoffentlich eine bessere und praktischere Auffassung kund tun als die, welche in den letzten Auslassungen der französischen Presse gegen die englischen Staatsmänner zum Ausdruck gekommen ist. Vielleicht ist der verhältnismäßig beschränkte Charakter der von der französischen Regierung vorgeschlagenen Retorsionsmaßnahmen ein gutes Zeichen. Werden schärfere Maßnahmen, von denen bereits die Rede war, vor der Konferenz ergriffen, so wäre für eine Einigung eine ungünstige Atmosphäre geschaffen. Aber auch so könne die britische Regierung den Versuch, unabhängig vorzugehen, nicht unterlassen, ebensowenig wie das die belgische Regierung tut. (W. T. B.)

ist, befaßt sich mit der außenpolitischen Lage und lautet wörtlich: Der Vertretertag begrüßt die Einmütigkeit der Reichsregierung und der deutschen Parteien in der Zurückweisung der Drohungen Frankreichs und vertritt, daß das deutsche Volk der ihm angebotenen Gewaltpolitik seinen einmütigen, unbewagamen Willen zur Verteidigung seiner unveräußerlichen Rechte auf den Fortbestand eines volltätig und wirtschaftlich selbständigen Deutschlands entgegenzusetzen wird. Die dritte Entschließung erklärt sich einverstanden mit der Unterstützung, die die Organe des Reichsfreies Oberbayern-Schwaben der Reichspartei gewährt haben.

Durch diese Erklärungen wird die Unstimmigkeit aus der Welt geschafft, die zwischen der Deutschen Volkspartei in Bayern und im Reich wegen der Haltung der Reichstagsfraktion zum Reichsausgleich bestanden hat.

Der Reichskanzler über Deutschlands Rolle.

Paris, 7. Aug. Der „New York Herald“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit dem Reichskanzler Dr. Brüning, der ausführte, Deutschland könne unmöglich seine Goldzahlungen weiter leisten, da ihm seine Vorkriegseinnahmen nicht mehr zur Verfügung ständen. Goldzahlungen hängen ab von der Ausfuhr. Mit dem Verkauf der deutschen Handelsflotte und einer Verminde rung der Produktion und einer Beschränkung der Abgabengebiete betrüge die deutsche Ausfuhr nur noch knapp 80 Prozent der Vorkriegsausfuhr. Andererseits müsse Deutschland augenblicklich 40 Prozent seines Brotgetreides einführen, hat 28 Prozent im Jahre 1921, wodurch die Einfuhr von Rohstoffen um ebensoviel zurückgehe. Deutschland könne seine Zahlungen nur dann fortsetzen, wenn es eine internationale Anleihe erhalte. Im Ausland mache man sich eine falsche Vorstellung, wenn man behauptet, es genüge, um größere Summen in Gold zu erhalten, wenn Deutschland neue Steuern erhebe. Die Entwertung der Mark sei derart, daß das Ausland die gesamte deutsche Industrie für wenige Milliarden Dollar kaufen könne. Dies wäre aber eine schlechte Kapitalanlage, denn das Ausland könnte höchstens 2 Prozent Zinsen in Gold herauswirtschaften. Alle Behauptungen von einem angeblichen Wohlstand in Deutschland seien falsch. Man könne dies deutlich daran erkennen, daß der Fleischverbrauch in Deutschland auf 78 Prozent des Konsums des letzten Friedensjahres gesunken sei.

Dollar (Amtlich): 752,50

Die Sequestrierungen in Elsaß-Lothringen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 6. August. Die Blätter betonen, daß die Sequestrierungsmaßnahmen des Oberkommandos von Elsaß-Lothringen eine gewisse Erregung hervorgerufen haben, und daß die zahlreichen Deutschen die Abgeordneten bestimmen, sie möchten für die Zurücknahme des Dekretes Sorge tragen. Ein rechtssozialistisches Blatt stellte heute abend fest, daß noch dreihunderttausend Deutsche, die in Elsaß wohnen, von dieser Maßnahme betroffen werden, und daß wirtschaftliche Erschütterungen zu erwarten sind.

Die Stimmung im Elsaß.

Paris, 7. Aug. Nach Straßburger Meldungen des „Matin“ herrscht im Elsaß in deutschen Kreisen eine außerordentliche Aufregung, da man trotz der offiziellen Widerrufe die Massenausweisung von Deutschen befürchtet. An der Grenze deutet alles darauf hin, daß die Sanktionen unmittelbar bevorstehen. Im Laufe der Nacht zum Sonntag wurde die Paktkontrolle mit größter Strenge durchgeführt. Die Unterpächter der Grenzbezirke haben besondere Anweisung erhalten und wurden aufgefordert, unter keinen Umständen ihre Posten zu verlassen. Nach dem „Matin“ haben die in Straßburg anwesenden Abgeordneten einen Brief an Poincaré gerichtet, in dem sie seine Aufmerksamkeit auf die Unzulänglichkeiten lenken, die aus falsch angewandten Sanktionen entstehen könnten. Mit Unzufriedenheit stellt das Blatt fest, daß mächtige Einflüsse sich zugunsten gewisser unliebsamer Deutscher bemerkbar machen, die sich bereits auf der Höhe der zur Ausweisung bestimmten Deutschen befunden hätten. Die öffentliche Stimmung im Elsaß hoffe aber, daß dieses Werk der Gerechtigkeit und sozialen Gesundung durch nichts aufgehalten werde.

Zur Abwendung der Retorsionsmaßnahmen.

Berlin, 7. August. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite wird die Reichsregierung die Forderungen und Ansprüche Frankreichs, deren Nichterfüllung mit Anwendung von Retorsionsmaßnahmen bedroht ist, von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes prüfen lassen, die darüber wahrscheinlich noch heute ein Kommuniqué veröffentlicht wird.

Poincarés Unzufriedenheit mit der Saarregierung.

Naoul zu nachgiebig.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 6. August. Im Anschluß an die Sitzung des Bundesrates des Saargebietes machte sich in französischen politischen Kreisen eine gewisse Erregung bemerkbar. Der Präsident des Saargebietes ist lebhafte von Poincaré empfangen worden. Schon vor einigen Tagen hörte man Gerüchte darüber, daß die französische Regierung mit der Politik des Regierungsausschusses im Saargebiet, insbesondere aber mit der Politik der französischen Regierung, nicht einverstanden sei. Man ist der Ansicht, daß der französische Vertreter sich in verschiedenen Punkten als allzu entgegenkommend verhalten habe. Man warf ihm vor, in der Form nicht geschmeidig genug und in der Sache zu nachgiebig gewesen zu sein. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß Poincaré dem Präsidenten des Regierungsausschusses des Saargebietes derartige Vorhaltungen gemacht haben wird. Dieser dürfte ihm darauf erwidern haben, daß er vom Völkerbunde abhängig sei und daß diesem gegenüber eine andere Politik als die von ihm eingeschlagene unmöglich gewesen sei. Die in der deutschen Presse wiedergegebenen Gerüchte über eine Abdonnung des Präsidenten Naoul sind verfrüht. Poincaré wird vor seiner Rückkehr aus London in dieser Frage keinerlei Entscheidungen treffen. Die französische Regierung möchte aber auch den Völkerbundsrat nicht vor den Kopf stoßen und wird sich infolgedessen vielleicht mit der Politik ihrer Vertreter im Saargebiet einverstanden erklären.

Poincaré, der Kriegsheter.

Das nächste Heft der „Säbdeutschen Monatshefte“, das am Mittwoch, den 9. August erscheint, trägt den Titel „Poincaré“ und beschäftigt sich eingehend mit dessen Politik vor dem Kriege, vor allem im Jahre 1912. In dem Heft findet man die unwiderleglichen Beweise dafür, daß Poincaré als Außenminister nicht an der für die Erhaltung des europäischen Friedens so wesentlichen Annäherung der Mächtegruppen gearbeitet hat und insbesondere der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland sich mit aller Kraft widersetzt, während des Balkankrieges sogar direkt die Entfaltung des Weltbrandes betrieben hat. Von ungeheurer Bedeutung sind zahlreiche bisher noch unbekanntes Depeschen und Dokumente, vor allem die Protokolle der Beratungen der Generalkonferenzen der russischen und französischen Armee aus den Jahren 1911, 1912 und 1913, die in deutscher Uebersetzung jetzt zum ersten Mal der Öffentlichkeit bekannt werden sollen. Aus diesen Protokollen erhebt man, daß der Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn systematisch vorbereitet war. Das erste der drei Protokolle ist unterzeichnet vom Generalkonferenzen der russischen Armee J. Gillsky, dem Generalkonferenzen der französischen Armee Dubail, und dem Generalkonferenzen Kriegsminister Messimi. Das zweite Protokoll trägt die Unterschriften des russischen Generalkonferenzen Gillsky, des Generalkonferenzen der französischen Armee J. Foffre und des Generalkonferenzen Kriegsministers A. Millerand. Das Protokoll der dritten Konferenz endlich ist genehmigt vom Generalkonferenzen der russischen Armee J. Gillsky, und dem Generalkonferenzen der französischen Armee J. Foffre.

Ein Buch Lloyd Georges über den Weltkrieg.

Berlin, 7. August. Nach einer Londoner Meldung der „Montagspost“ befaßt sich der politische Mitarbeiter der „Sunday Times“, daß Lloyd George im Begriffe ist, ein Buch über die diplomatische Geschichte des Weltkrieges zu schreiben. Man glaubt, daß die Veröffentlichung bereits im Frühjahr 1923 erfolgen werde.